

Arbeitsbedingungen und Besoldung verbessern - Gerechtigkeitslücken endlich schließen

Nach Auffassung der Delegierten der Vertreterversammlung 2018 des niedersächsischen Philologenverbandes haben sich die Arbeitsbedingungen an den Gymnasien für Schüler/innen und Lehrkräfte kontinuierlich verschlechtert. Die Folge ist, dass eine erfolgreiche Arbeit im Sinne des Bildungs- und Erziehungsauftrages des Gymnasiums zunehmend erschwert wird.

Zu den hohen Arbeitszeiten kommen Belastungen auf allen Ebenen der schulischen Arbeit:

- Belastungen durch übergroße Klassen- und Kursfrequenzen
- Vergeudung von Arbeitszeit durch Curricula- und Konzeptentwicklungen an jeder einzelnen Schule
- Belastungen durch fragwürdige Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben
- unsinnige weitere bürokratische Aufgaben wie das Archivieren von Arbeiten und Klausuren
- eine zu hohe Belastung der Inhaber von Funktionsstellen
- eine zu hohe Belastung der älteren Kolleginnen und Kollegen.

Die Lehrkräfte in Niedersachsen haben nicht vergessen, dass die nach wie vor wortbrüchig ausgesetzte Altersermäßigung für Lehrkräfte ab dem 55. Lebensjahr, die ab 2014 wieder in Kraft treten sollte, immer noch aussteht, obwohl sie im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU ausdrücklich versprochen wird.

Die unzureichende Beförderungssituation, die mangelnde Möglichkeit des beruflichen „Fortkommens“, hat zunehmend negative Auswirkungen auf die Amtsinhaber/innen und erschwert die Gewinnung neuer Lehrkräfte (auch im Vergleich zu anderen Bundesländern).

Bei der Einkommensentwicklung hinken die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten hinterher. Das Bundesverwaltungsgericht hat inzwischen für die Beamten im aktiven Dienst in den Jahren 2005-2012 sowie 2014-2016 eine verfassungswidrige Unteralimentation (bedingt durch die Streichung des sog. Weihnachtsgeldes) angenommen und das Bundesverfassungsgericht gebeten, über die Vereinbarkeit der niedersächsischen Besoldung mit dem GG zu entscheiden.

Der Lehrermangel liegt u.a. daran, dass das Land Niedersachsen als Dienstherr der Lehrkräfte mit teilweise untragbaren Arbeitsbedingungen mit einem beträchtlichen Besoldungsrückstand nicht mehr mit anderen Bundesländern und den Arbeitgebern in der privaten Wirtschaft konkurrieren kann. Die Imagekampagne des Kultusministeriums (z.B. Schule 2040) wird daran nichts ändern.

Deshalb muss die Besoldung der Lehrkräfte neu bewertet werden. Alle Lehrkräfte müssen höhergestuft werden, auch die Lehrkräfte an den Gymnasien, im berufsbildenden Schulwesen und an Förderschulen.

Ohne deutliche Korrekturen an der Lehrerbesoldung bei den Gymnasiallehrkräften ist absehbar, dass die Gymnasien künftig ihre schulgesetzliche Aufgabe der Vermittlung einer breiten und vertieften Allgemeinbildung mit dem Ziel einer allgemeinen Studierfähigkeit nicht mehr qualifiziert wahrnehmen können, Es mangelt im MINT-Bereich schon jetzt an qualifizierten Lehrkräften, weil für sie die Besoldung nicht mehr attraktiv ist. Zunehmend werden sich Studierende auch von der Wahl des gymnasialen Lehramtes abwenden.

Die Vertreterversammlung des PhVN fordert die Landesregierung auf, die Arbeitsbedingungen und die Besoldung der Lehrkräfte am Gymnasium nachhaltig zu verbessern:

- **die Einhaltung der 40-Stunden-Woche für Gymnasiallehrkräfte zu gewährleisten**
- **die Senkung der Klassen- und Kursfrequenzen**
- **den Bürokratieabbau endlich umsetzen**
- **die Anhebung der Besoldung für Lehrkräfte an beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien und Förderschulen um eine Besoldungsstufe**
- **eine spürbare Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten für Lehrkräfte an den Gymnasien in Niedersachsen**
- **die Wiedereinführung der Altersermäßigung ab Vollendung des 55. Lebensjahres**
- **die Wiedereinführung der Sonderzuwendungen für alle Beamten als Einstieg zum Abbau des Besoldungs- und Versorgungsrückstandes.**

Goslar, November 2018